

Sitzung vom

2. März 2021

Mitgeteilt den

3. März 2021

Protokoll Nr.

193/2021

Anfrage Fasani-Horath

betreffend Einschätzung des Impfblogatoriums unter Berücksichtigung der Impfstoff-
unsicherheiten

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Gemäss Art. 22 des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG; SR 818.101) können Kantone Impfungen unter anderem von Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch erklären, sofern eine erhebliche Gefahr besteht. Dazu gelten einerseits sehr hohe Anforderungen, andererseits muss der betroffene Personenkreis genau definiert werden und das Obligatorium muss zeitlich befristet sein (vgl. Art. 38 Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen [Epidemienvorordnung, EpV; SR 818.101.1]). Das Epidemiengesetz sieht keine expliziten Sanktionen im Widerhandlungs-/Unterlassungsfall vor. Gemäss herrschender Lehre und Rechtsprechung dürfte aber bereits das arbeitsvertragliche Weisungsrecht des Arbeitgebers eine genügende Grundlage bilden, um in einer akuten Pandemiesituation eine Impfverpflichtung für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmenden (z.B. Ärzte und Pflegende mit Kontakt zu besonders gefährdeten Personen) zu begründen. Auch in solchen Fällen drängt sich eine sorgfältige Interessenabwägung und Verhältnismässigkeitsprüfung im Einzelfall auf. Eine auf eine Impfverweigerung eines Arbeitnehmenden zurückzuführende Versetzung und Kündigung könnte sich diesfalls als rechtlich zulässig bzw. als nicht missbräuchlich (i.S.v. Art. 336 Obligationenrecht; SR 220) erweisen. Hierbei handelt es sich allerdings um arbeitsrechtliche Fragen, also um Fragen des Privatrechts. Für deren Beurteilung sind letztlich die Zivilgerichte zuständig.

Zu Frage 2: Es ist nicht auszuschliessen, dass Personen, die nicht geimpft sind, inskünftig mit Einschränkungen rechnen müssen. Auf Einschränkungen, die von anderen Staaten oder vom Bund erlassen werden, hat der Kanton keinen oder nur sehr beschränkt Einfluss. Ob allenfalls auch seitens des Kantons entsprechende Ein-

schränkungen erlassen werden müssen, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Einschränkungen, die von Detailhändlern, Transportunternehmen oder Veranstaltern erlassen werden, unterstehen dem Privatrecht. Ob diese angemessen oder rechtmässig sind, wird im Rahmen einer gerichtlichen Beurteilung zu klären sein.

Zu Frage 3: Die Beurteilung der Frage, ob eine "erhebliche Gefahr" besteht, haben die kantonalen Behörden gestützt auf die in Art. 38 Abs. 1 EpV aufgeführten Faktoren vorzunehmen. Dies sind:

- a. Schweregrad einer möglichen Erkrankung sowie das Risiko einer Weiterverbreitung der Krankheit;
- b. Gefährdung besonders verletzbarer Personen;
- c. epidemiologische Situation auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene unter Einbezug des BAG;
- d. zu erwartende Wirksamkeit eines allfälligen Impfbobligatoriums;
- e. Eignung und Wirksamkeit anderer Massnahmen zur Eindämmung der Gesundheitsgefahr.

Ergibt die Beurteilung dieser Faktoren, dass eine sachlich hinreichende epidemiologische Gefährdung der öffentlichen Gesundheit (erhebliche Gefahr) vorliegt, können die Kantone Impfungen von gefährdeten Bevölkerungsgruppen, von besonders exponierten Personen und von Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch erklären. Ein allfälliges Impfbobligatorium muss zeitlich befristet sein und die Impfung darf nicht mittels physischem Zwang erfolgen (Art. 38 Abs. 3 EpV). Die Beurteilung hat unter Berücksichtigung des Verhältnismässigkeitsprinzips zu erfolgen. Entsprechend kann ein Impfbobligatorium nur angeordnet werden, sofern dieses (nebst erfüllter Eignung und Zumutbarkeit) erforderlich ist, d.h., dass ein "Ziel mit anderen Massnahmen nicht erreicht werden kann". Gemeint sind z.B. verschärfte Hygienemassnahmen, das Tragen von Schutzmasken und/oder Handschuhen, eine konstante und transparente Information der Öffentlichkeit (Art. 9 EpG) zur Ermöglichung eigenverantwortlichen Handelns oder freiwillige Impfungen. Ein Impfbobligatorium stellt daher eine ultima ratio zur Abwendung einer drohenden Gefahr für Volksgesundheit und -wirtschaft dar. Die Regierung sieht derzeit keinen Grund, der ein solches Obligatorium rechtfertigen würde.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Anfrage Fasani-Horath betreffend Einschätzung des Impfblogatoriums unter Berücksichtigung der Impfstoffunsicherheiten

Im Epidemienengesetz des Bundes (EpG) unter Artikel 22 steht: Die Kantone können Impfungen von gefährdeten Bevölkerungsgruppen, von besonders exponierten Personen und von Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch erklären, sofern eine erhebliche Gefahr besteht.

Gesundheitsminister Alain Berset kann sich vorstellen, dass es für gewisse Menschen obligatorisch werden könnte, sich gegen Covid-19 zu impfen. Er nannte in der «Rundschau» SRF vom 23.09.2020 etwa das Personal in einem Altersheim, das nur dann mit den älteren Menschen weiterarbeiten dürfte, wenn es sich gegen das Coronavirus impfen lässt – sobald denn eine Impfung verfügbar und zugelassen ist. In dieser Zeit müssten sich dann die Personen, welche sich nicht impfen lassen wollen, in eine andere Abteilung versetzen lassen, wo sich keine Risikopersonen befinden, weil laut Gesetz niemand physisch zum Impfen gezwungen werden darf.

Nach Antrag der Notfall-Zulassung der BioNTech/Pfizer hat am 1. Dezember 2020, vor gut einer Woche, Dr. med. Wolfgang Wodarg (Lungenarzt und ehemaliger Amtsarzt, ehemaliger Abgeordneter des Gesundheitsausschusses des Bundestags) zusammen mit Ex-Pfizer Forschungsleiter Dr. Michael Yeadon eine Petition an die European Medicine Agency geschickt (https://2020news.de/wp-content/uploads/2020/12/Wodarg_Yeadon_EMA_Petition_Pfizer_Trial_FINAL_01DEC2020_EN_unsigned_with_Exhibits.pdf).

Dies ist deshalb interessant, da in der Septembersession 2020 der Nationalrat das Geschäft «vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen» angenommen hat und das BAG Impfungen mit verschiedener Technologie anschaffen möchte (mRNA, proteinbasiert, vektorbasiert) (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203453>). Darin steht, dass Medikamente und Impfstoffe, welche in einem anderen Land mit einem gleichwertigen Zulassungssystem zugelassen sind, in der Schweiz ohne weitere oder mit einer massiv erleichterten Prüfung der Swissmedic zugelassen werden können.

Die Petition geht also sozusagen an die «Swissmedic» von Europa, deren Entscheid auch für unsere Swissmedic ausschlaggebend sein wird. Zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Probanden wird von den Petition-Initianten ein sofortiger Impfstoff-Studienstopp verlangt und erst dann fortgesetzt, wenn ein Studienkonzept vorliegt, das geeignet ist, den erheblichen Sicherheitsbedenken (Impfstoffinhaltsstoffe und Studiendesign) Rechnung zu tragen. Auf der Basis der vielen unterschiedlichen PCR-Tests von höchst unterschiedlicher Qualität sind weder das Erkrankungsrisiko noch ein möglicher Impfnutzen mit der nötigen Sicherheit bestimmbar. Allein deshalb sind solche Testungen von Impfstoffen am Menschen per se unethisch. Ausserdem wird auf frühere Studien mit bekannten Risiken hingewiesen, die teilweise aus der Natur der Corona-Viren herrühren.

Die Bedenken richten sich dabei insbesondere auf folgende Punkte:

- Die Bildung sogenannter «nicht-neutralisierender Antikörper» kann speziell dann, wenn Probanden nach der Impfung mit dem echten, dem «wilden» Virus konfrontiert sind, zu einer überschiessenden Immunreaktion führen. Diese sogenannte antikörperabhängige Verstärkung, ADE (antibody-dependent enhancement), ist z.B. lange aus Experimenten mit Corona-Impfstoffen bei Katzen bekannt. Im Verlauf dieser Studien sind alle Katzen, welche die Impfung zunächst gut vertragen hatten, gestorben, nachdem sie mit echten Coronaviren infiziert wurden. Durch Wirkverstärker wird diese Überreaktion weiter begünstigt.
- Von den Impfungen wird erwartet, dass sie Antikörper gegen Spike-Proteine von SARS-CoV-2 hervorrufen. Spike Proteine enthalten aber unter anderem auch Syncytin-homologe Proteine, die bei Säugetieren wie dem Menschen wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung der Plazenta darstellen. Es muss unbedingt ausgeschlossen werden, dass ein Impfstoff gegen SARS-CoV-2 eine Immunreaktion gegen Syncytin-1 auslöst, da sonst Unfruchtbarkeit von unbestimmter Dauer bei geimpften Frauen die Folge sein könnte.
- In den mRNA-Impfstoffen von BioNTech/Pfizer ist Polyethylenglykol (PEG) enthalten. 70% der Menschen bilden Antikörper gegen diesen Stoff aus – das bedeutet, viele Menschen können allergische, möglicherweise tödliche Reaktionen auf die Impfung entwickeln.
- Die viel zu kurze Studiendauer lässt eine realistische Abschätzung der Spätfolgen nicht zu. Wie bei den Narkolepsie-Fällen nach der Schweinegrippe-Impfung würden bei einer geplanten Notzulassung Spätfolgen erst dann beobachtet werden können, wenn es für Millionen Geimpfte bereits zu spät ist. Regierungen planen, Millionen gesunder Menschen nicht hinnehmbaren Risiken auszusetzen und diese durch diskriminierende Einschränkungen für Ungeimpfte zur Impfung zu nötigen.

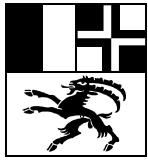
Angesichts eines möglichen Sicherheitsrisikos der kommenden Impfstoffe lautet die Frage an die Regierung:

Wie wird sich der Kanton in naher Zukunft gegenüber «COVID-19-Ungeimpften» verhalten, angesichts der bedenklichen Datenlage der Impfstoffherstellung und eventueller Zulassung der Impfstoffe, welche im Teleskopverfahren und ohne sicheres Studienkonzept aktuell getestet werden, und zumal zusätzlich keine Langzeitstudienresultate vorliegen, obwohl neue Technologien angewandt werden und die Hersteller der Haftung entbunden sind:

1. Ist für Personen, welche sich dem Impfbefehl nach Artikel 22 EpG entziehen wollen, ein Arbeitsstellenverlust oder -versetzung auszuschliessen?
2. Könnte es sein, dass Ungeimpften Einschränkungen im Alltagsleben (Einkaufen, Transport, Kultur) auferlegt werden?
3. Welche Kriterien müssen gegeben sein, um eine Gefahr als erheblich zu erklären nach EpG?

Davos, 9. Dezember 2020

Fasani-Horath (Mesocco), Jenny, Weber



Sesida dals

2 da mars 2021

Communitgà ils

3 da mars 2021

Protocol nr.

193/2021

Dumonda Fasani-Horath

concernent la valitaziun da l'obligatori da vaccinar resguardond las malsegirezzas en
connex cun la vaccinaziun

Resposta da la Regenza

Tar la dumonda 1: Tenor l'art. 22 da la Lescha federala davart il cumbat cunter malsognas transmissiblas da l'uman (Lescha d'epidemias, LEp; CS 818.101) pon chantuns declerar vaccinaziuns sco obligatorias tranter auter per persunas che pratitgeschan tschertas activitads, sch'igl exista in privel considerabel. Per quai valan d'ina vart pretensiuns fitg autas, da l'autra vart sto il circol da persunas pertutgadas vegnir definì precisamain e l'obligatori dastga vegnir decretà mo per in tschert temp (cf. art. 38 da l'Ordinaziun davart il cumbat cunter malsognas transmissiblas da l'uman [Ordinaziun d'epidemias, OEep; CS 818.101.1]). La Lescha d'epidemias na prevesa naginas sancziuns explicitas en cas d'ina cuntravenziun/omissiun. Tenor la scienza e la giurisdicziun vertenta dastgass gia il dretg da dar directivas sin basa dal contract da lavur furmar ina basa suffizienta per motivar – en ina situaziun da pandemia acuta – in'obligaziun da vaccinaziun per tschertas gruppas da lavurantas e lavurants (p.ex. medias e medis sco er tgirunzas e tgirunzs che han contact cun persunas spezialmain periclitadas). Er en tals cas sto vegnir fatga ina consideraziun conscienziusa dals interess ed in'examinaziun da la commensurabladad en il cas singul. In transferiment ad in'autra piazza u ina disditga d'ina lavuranta u d'in lavurant sin basa d'ina refusa da sa laschar vaccinar pudess vegnir considerà en questa situaziun sco admissibel dal punct da vista giuridic resp. sco betg abusiv (en il senn da l'art. 336 Dretg d'obligaziuns; CS 220). En quest connex sa tracti però da dumondas dal dretg da lavur, pia da dumondas dal dretg privat. Per tractar talas èn la finala cumpetentas las dretgiras civilas.

Tar la dumonda 2: I n'è betg d'excluder che persunas che n'èn betg vaccinas, ston far quint cun restricziuns en l'avegnir. Sin restricziuns che vegnan decretadas dad auters stadis u da la Confederaziun, n'ha il chantun nagina u mo fitg pauca influenza. Sche restricziuns correspundentas ston er vegnir relaschadas da vart dal chantun,

na po actualmain anc betg vegnir giuditgà. Restricziuns che vegnan relaschadas dal commerzi en detagl, d'interpresas da transport u d'organisaturs, suttastattan al dretg privat. Sche quellas èn adequatas u legalas, vegn a stuaier vegnir sclerì en il rom d'in giudicament giudizial.

Tar la dumonda 3: La dumonda, sch'igl exista in "privel considerabel", ston las autoritads chantunalas giuditgar sa basond sin ils facturs numnads en l'art. 38 al. 1 OE_p. Quai èn:

- a. grad da grevezza d'ina eventuala malsogna sco er ristga d'ina ulteriura derasaziun da la malsogna;
- b. periclitaziun da personas spezialmain vulnerablas;
- c. situaziun epidemiologica sin plaun chantunal, naziunal ed internaziunal cun consultar l'Uffizi federal da sanadad publica;
- d. efficacità che po vegnir spetgada d'in obligatori da vaccinaziun;
- e. qualificaziun ed efficacità d'autras mesiras per limitar il privel per la sanadad.

Sch'i resulta dal giudicament da quests facturs ch'ina periclitaziun epidemiologica da la sanadad publica è objectivamain avant maun en moda sufficiente (privel considerabel), pon ils chantuns declerar sco obligatoricas vaccinaziuns da gruppas da la populaziun periclitadas, da personas spezialmain exponidas e da personas che pratitgeschan tschertas activitads. In obligatori da vaccinar sto vegnir limità areguard il temp, e la vaccinaziun na dastga betg vegnir fatga sin basa da sforz fisic (art. 38 al. 3 OE_p). Il giudicament sto vegnir fatg cun observar il princip da commensurabladad. Correspundentamain po in obligatori da vaccinar vegnir ordinà mo, sch'el è necessari (e sch'el ademplescha ultra da quai ils criteris da la qualificaziun e da la pretendibladad), q.v.d. sch'ina "finamira na po betg vegnir cuntanschida cun autras mesiras". Manegiads èn p.ex. mesiras d'igiene pli severas, il purtar mascherinas da protecziun e/u guants, ina infurmaziun constanta e transparenta da la publicità (art. 9 LE_p) per pussibilitar in agir en atgna responsabladad u vaccinaziuns facultativas. In obligatori da vaccinar è adina ina ultima ratio per far frunt ad in privel che smanatscha la sanadad e l'economia publica. Actualmain na vesa la Regenza nagin motiv che giustificass in tal obligatori.



En num da la Regenza

Il president:

Il cancellier:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Dumonda Fasani-Horath concernent la valitaziun da l'obligatori da vaccinar resguardond las malsegirezzas en connex cun la vaccinaziun

En la Lescha federala d'epidemias (LEp) stat en l'art. 22: Ils chantuns pon declerar per obligatoricas vaccinaziuns da gruppas da la populaziun periclitadas, da persunas spezialmain expostas e da persunas ch'exequeschentan tschertas activitads, sch'igl exista in privel considerabel.

Il minister da sanadad Alain Berset po s'imaginar ch'i pudess daventar obligatoric per tschertas persunas da laschar sa vaccinar cunter COVID-19. En la «Rundschau» SRF dals 23-09-2020 ha el numnà p.ex. il persunal da chasas da persunas attempadas che dastga lavurar vinavant cun persunas pli veglias mo, sch'el è vaccinà cunter il coronavirus – uschespert ch'ina vaccinaziun è disponibla ed admissa. Durant quest temp stuessan persunas che na vulan betg laschar sa vaccinar, laschar sa dischlocar en in'autra partiziun, nua ch'i na sa chattan naginas persunas da ristga, perquai che tenor lescha na dastga nagin vegnir sfurzà fisicamain da laschar sa vaccinar.

Suenter l'inoltraziun da la dumonda per l'admissiun d'urgenza da la BioNTech/Pfizer ha dr. med. Wolfgang Wodarg (medi da pulmuns ed anteriur medi uffizial, anteriur deputà da la Cumissiun da sanadad dal parlament da la Republica Federala Tudestga) inoltrà il 1. da december 2020, avant bundant 1 emna, ensemen cun l'antierur manader da perscrutaziun da Pfizer, dr. Michael Yeadon, ina petiziun a la European Medicine Agency (https://2020news.de/wp-content/uploads/2020/12/Wodarg_Yeadon_EMA_Petition_Pfizer_Trial_FINAL_01DEC2020_EN_unsigned_with_Exhibits.pdf).

Interessant è quai perquai ch'il Cussegl naziunal ha acceptà la fatschenta «admissiun simplifitgada da medicaments e da vaccins» en la sessiun da settember 2020 e perquai che l'Uffizi federal da sanadad publica (UFSP) vuless cumprar vaccinaziuns cun differentas tecnologias (mRNA, basà sin proteins, basà sin vecturs) (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20203453>). En quella èsi fixà che medicaments e vaccins ch'èn admess en in auter pajais, ils quals han in sistem d'admissiun equivalent, possian vegnir admess da Swissmedic en Svizra senza in'ulteriura examinaziun u cun in'examinaziun massivamain simplifitgada.

La petiziun è pia drizzada per uschè dir a la «Swissmedic» da l'Europa, da la quala la decisiun vegn ad esser decisiva er per nosssa Swissmedic. Per proteger la vita e la sanadad da las probandas e dals probands vegni pretendi dals iniziants da la petiziun ch'ìls studis davart il vaccin vegnian interruts immediatamain e cuntinuads pir, cur ch'in concept da studi è avant maun, il qual è adattà per tegnair quint da las resalvas da segirezza considerablas (substanzas dal vaccin e concepziun dal studi). Sin basa dals blers differentes tests PCR da fitg differentas qualitads n'èn determinabels cun la tschertezza necessaria ni la ristga da daventar malsau ni in eventual niz da la vaccinaziun. Già pervia da quai èn tals tests da vaccins vi da l'uman sco tals betg etics. Ultra da quai vegni renvià a studis da pli baud cun ristgas enconuschentas che derivan per part da la natira dals coronavirus.

Las resalvas sa drizzan en quest connex oravant tut als suandants puncts:

- La furmaziun d'uschenumnads «anticorpus betg neutralisants» po chaschunar spezialmain, cur che probandas e probands vegnan en contact suenter la vaccinaziun cun il dretg, cun il virus «selvadi», ina reacziun dal sistem d'immunitad exagerada. Quest uschenumnà rinforzament dependent dals anticorpus ADE (antibody-dependent enhancement) è p.ex. enconuschent già ditg en experiments cun vaccins cunter corona tar giats. En il decurs da quests studis èn morts tut ils giats che han l'emprim cumportà bain la vaccinaziun, suenter ch'els èn vegnids infectads cun il dretg coronavirus. Cun rinforzaders da l'effect vegn questa surreacziun anc sustegnida.
- Da las vaccinaziuns vegni spetgà ch'i vegnian producids anticorpus cunter proteins spike da SARS-CoV-2. Proteins spike cuntengnan tranter auter er proteins omologs a sincitin ch'èn – tar mammals sco l'uman – ina premissa essenziala per il svilup da la placenta. En mintga cas stoi vegnir exclus ch'in vaccin cunter SARS-CoV-2 activeschia ina reacziun che renda immun cunter sincitin-1. Cas cuntrari pudessan dunnas vaccinas patir d'ina nunfritgaivladad per in temp betg determinabel.
- Ils vaccins mRNA da BioNTech/Pfizer cuntengnan poliethylenglikol (PEG). 70% dals umans sviluppan anticorpus cunter questa substanza – quai vul dir che blers umans pon sviluppar reacziuns allergicas, eventualmain mortals, sin il vaccin.
- La durada bler memia curta dal studi na permetta betg da valitar realisticamain las consequenzas tardivas. Sco tar ils cas da narcolepsia suenter la vaccinaziun cunter la gripa da portgs pudessan las consequenzas tardivas vegnir observadas en cas d'ina admissiun urgenta pir, cur ch'igl è già memia tard per milliuns d'umans vaccinas. Regenzas planiseschan d'exponer milliuns d'umans sauns a ristgas betg acceptablas e da sfurzar quels da sa laschar vaccinar prendend restricziuns discriminantas per persunas betg vaccinas.

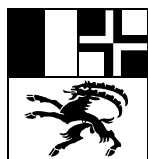
En vista ad in'eventuala ristga da segirezza dals vaccins vegnints è la dumonda a la Regenza la suandanta:

Co vegn il chantun a sa cumportar en il proxim futur envers persunas betg vaccinadas cunter COVID-19 en vista a la situaziun critica da la produenziun da vaccins ed en vista ad in'eventuala admissiun dals vaccins che vegnan testads actualmain en la procedura da telescop e senza concept da studi segir, e co vegn el a sa cumportar damai ch'i n'èn avant maun nagins resultats da studis da lunga durada, schebain che novas tecnologias vegnan applitgadas e schebain ch'ils producents èn deliberads da la responsabladad:

1. Poi vegnir exclus per persunas che vulan s'opponer a l'obligatori da sa vaccinar tenor l'art. 22 LEp ch'ellas perdian lur piazza da lavur u ch'ellas vegnian dischlocadas?
2. Pudessi esser che persunas betg vaccinadas ston subir restricziuns en la vita da mintgadi (far cumissiuns, transport, cultura)?
3. Tge criteris ston esser ademplids per declerar in privel sco considerabel tenor la LEp?

Tavau, ils 9 da december 2020

Fasani-Horath (Mesocco), Jenny, Weber



Seduta del

2 marzo 2021

Comunicata il

3 marzo 2021

Protocollo n.

193/2021

Interpellanza Fasani-Horath

concernente la valutazione dell'obbligo di vaccinazione tenendo conto delle incertezze legate al vaccino

Risposta del Governo

In merito alla domanda 1: conformemente all'art. 22 della legge federale sulla lotta contro le malattie trasmissibili dell'essere umano (legge sulle epidemie, LEp; RS 818.101), se esiste un pericolo considerevole, i Cantoni possono dichiarare obbligatorie le vaccinazioni tra l'altro di persone che esercitano determinate attività. Da un lato i relativi requisiti sono molto elevati, d'altro lato la cerchia di persone interessate deve essere definita con precisione e l'obbligo di vaccinazione deve essere limitato nel tempo (cfr. art. 38 ordinanza concernente la lotta contro le malattie trasmissibili dell'essere umano [ordinanza sulle epidemie, OEep; RS 818.101.1]). La legge sulle epidemie non prevede sanzioni esplicite in caso di infrazione/omissione. Conformemente alla dottrina e alla giurisprudenza predominanti, già il solo diritto del datore di lavoro di impartire istruzioni previsto dal contratto di lavoro dovrebbe costituire una base sufficiente per costituire un obbligo di vaccinazione per determinati gruppi di lavoratori (ad es. medici e personale curante a contatto con persone particolarmente a rischio) in una situazione pandemica acuta. Anche in questi casi si impongono un'accurata ponderazione degli interessi e un esame della proporzionalità nel singolo caso. Un trasferimento o una disdetta riconducibili al rifiuto di un lavoratore di vaccinarsi potrebbe in questo caso risultare giuridicamente ammissibile ovvero non abusivo (ai sensi dell'art. 336 Codice delle obbligazioni; RS 220). Si tratta tuttavia di questioni di diritto del lavoro, dunque di questioni di diritto privato, il cui giudizio di merito compete in fin dei conti ai tribunali civili.

In merito alla domanda 2: non è da escludere che le persone che non si sono vaccinate debbano attendersi delle restrizioni in futuro. L'influenza che il Cantone può esercitare su restrizioni emanate da altri Stati o dalla Confederazione è nulla o solo molto limitata. Al momento non è possibile valutare se eventualmente anche il Cantone dovrà emanare corrispondenti restrizioni. Le restrizioni decise da dettaglianti,

imprese di trasporto od organizzatori di manifestazioni sono soggette al diritto privato. L'opportunità o la legittimità delle stesse dovranno essere chiarite nel quadro del giudizio da parte di un tribunale.

In merito alla domanda 3: la questione relativa alla sussistenza di un "pericolo considerevole" deve essere valutata dalle autorità cantonali sulla base dei fattori elencati nell'art. 38 cpv. 1 OE. Si tratta dei fattori seguenti:

- a. gravità di una possibile malattia e il rischio di una sua propagazione;
- b. pericolo per persone particolarmente vulnerabili;
- c. situazione epidemiologica a livello cantonale, nazionale e internazionale, coinvolgendo l'UFSP;
- d. efficacia attesa di un eventuale obbligo di vaccinazione;
- e. idoneità ed efficacia di altre misure per limitare il rischio sanitario.

Se dalla valutazione di questi fattori risulta che sussiste una messa in pericolo della salute pubblica oggettivamente sufficiente dal profilo epidemiologico (pericolo considerevole), i Cantoni possono dichiarare obbligatorie le vaccinazioni di gruppi di popolazione a rischio, di persone particolarmente esposte e di persone che esercitano determinate attività. Un eventuale obbligo di vaccinazione deve essere limitato nel tempo e la vaccinazione non deve essere imposta con forme di coercizione fisica (art. 38 cpv. 3 LE). La valutazione deve avvenire tenendo conto del principio della proporzionalità. Di conseguenza un obbligo di vaccinazione può essere disposto soltanto se esso (oltre a essere idoneo e fondato) è necessario, vale a dire nel "caso in cui non sia possibile raggiungere l'obiettivo con altri provvedimenti". Sono intese ad esempio misure igieniche più severe, l'obbligo di indossare una mascherina e/o guanti, un'informazione costante e trasparente del pubblico (art. 9 LE) al fine di rendere possibile un agire autoresponsabile o vaccinazioni su base volontaria. Un obbligo di vaccinazione rappresenta perciò un'ultima ratio per evitare un pericolo imminente per la salute e l'economia pubblica. Al momento il Governo non intravede alcun motivo che giustificerebbe un tale obbligo.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Interpellanza Fasani-Horath concernente la valutazione dell'obbligo di vaccinazione tenendo conto delle incertezze legate al vaccino

L'articolo 22 della legge federale sulle epidemie (LEp) recita: se esiste un pericolo considerevole, i Cantoni possono dichiarare obbligatorie le vaccinazioni di gruppi di popolazione a rischio, di persone particolarmente esposte e di persone che esercitano determinate attività.

Il ministro della sanità Alain Berset ha detto di poter immaginare un obbligo di vaccinazione contro la COVID-19 per determinate persone. Nel programma «Rundschau» di SRF del 23.09.2020 egli ha fatto l'esempio del personale di una casa per anziani, che potrebbe continuare a lavorare a contatto con i pazienti più anziani soltanto previa vaccinazione contro il coronavirus, appena un tale vaccino sarebbe stato disponibile e omologato. In questo periodo le persone che non intendono farsi vaccinare dovrebbero farsi trasferire in un altro reparto in cui non si trovano persone a rischio, poiché secondo la legge nessuno può essere costretto fisicamente a vaccinarsi.

Dopo la richiesta di omologazione in procedura accelerata presentata da BioNTech/Pfizer, il 1° dicembre 2020, poco più di una settimana fa, il Dr. med. Wolfgang Wodarg (pneumologo ed ex medico delegato, ex deputato e membro della commissione sanitaria del parlamento federale tedesco) ha trasmesso una petizione alla European Medicine Agency insieme all'ex direttore della ricerca di Pfizer Dr. Michael Yeadon

(https://2020news.de/wp-content/uploads/2020/12/Wodarg_Yeadon_EMA_Petition_Pfizer_Trial_FINAL_01DEC2020_EN_unsigned_with_Exhibits.pdf).

Ciò è interessante perché nella sessione di settembre 2020 il Consiglio nazionale ha adottato il postulato "Autorizzazione agevolata di medicinali e vaccini" e l'UFSP desidera acquistare vaccini basati su diverse tecnologie (mRNA, a subunità proteica, a vettore virale) (<https://www.parlament.ch/it/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20203453>). Il postulato chiede che medicinali e vaccini già omologati in Paesi che applicano un sistema di omologazione equivalente possano essere omologati in Svizzera senza procedere a un nuovo esame o semplificando notevolmente l'esame di Swissmedic.

La petizione è stata quindi trasmessa all'ente europeo equivalente a "Swissmedic", la cui decisione sarà determinante anche per la nostra Swissmedic. A tutela della vita e della salute dei soggetti che partecipano agli studi, i promotori della petizione richiedono un immediato stop agli studi sul vaccino e richiedono che questi vengano proseguiti soltanto quando sarà disponibile un piano di ricerca che tenga conto dei considerevoli dubbi relativi alla sicurezza (componenti del vaccino e design di ricerca). Per via dei numerosi differenti test PCR di qualità estremamente variabile, non si può determinare con la necessaria certezza né il rischio di contrarre la malattia, né un possibile beneficio del vaccino. Già solo per questa ragione tali test di vaccini effettuati sull'essere umano non sono etici. Inoltre si richiama l'attenzione su precedenti studi con rischi noti, in parte imputabili alla natura dei coronavirus.

I dubbi riguardano in particolare i seguenti punti:

- La formazione di cosiddetti "anticorpi non neutralizzanti" può causare una reazione immunitaria esagerata, soprattutto quando il soggetto sottoposto al test si confronta con il virus reale, "selvaggio", dopo la vaccinazione. Questa cosiddetta amplificazione anticorpo-dipendente, ADE (antibody-dependent amplification), è nota da tempo, ad es. da esperimenti con i vaccini di coronavirus nei gatti. Nel corso di questi studi tutti i gatti che inizialmente tolleravano bene la vaccinazione sono morti dopo essersi infettati con il virus selvaggio. I potenziatori immunitari favoriscono ulteriormente questa reazione esagerata.
- I vaccini dovrebbero provocare la produzione di anticorpi contro le proteine spike della SARS-CoV-2. Tuttavia, le proteine spike contengono anche proteine sincitino-omologhe, che sono essenziali per la formazione della placenta nei mammiferi come l'essere umano. Deve essere assolutamente escluso che un vaccino contro la SARS-CoV-2 inneschi una reazione immunitaria contro la Sincitina-1, perché altrimenti potrebbe provocare l'infertilità a tempo indeterminato nelle donne vaccinate.
- I vaccini mRNA di BioNTech/Pfizer contengono polietilenglicole (PEG). Il 70% delle persone sviluppa anticorpi contro questa sostanza – questo significa che molte persone possono sviluppare reazioni allergiche, potenzialmente fatali, al vaccino.
- La durata decisamente troppo breve dello studio non consente una stima realistica degli effetti collaterali tardivi. Come nei casi di narcolessia in seguito alla vaccinazione contro l'influenza suina, in caso di prevista omologazione in procedura accelerata gli effetti collaterali tardivi potrebbero essere osservati soltanto quando per milioni di persone vaccinate sarebbe ormai troppo tardi. I Governi prevedono di esporre milioni di persone sane a un rischio inaccettabile e di costringerle a vaccinarsi mediante restrizioni discriminanti per i non vaccinati.

In considerazione di un possibile rischio per la sicurezza dei prossimi vaccini, la domanda al Governo è la seguente:

Come si comporterà nel prossimo futuro il Cantone nei confronti dei "non vaccinati COVID-19", tenuto conto dei dati dubbi relativi alla fabbricazione del vaccino e ad eventuali omologazioni dei vaccini attualmente sottoposti a test secondo procedure molto focalizzate e senza un piano di ricerca, tanto più che non esistono risultati di studi a lungo termine, benché vengano applicate nuove tecnologie e i fabbricanti siano liberati dalla loro responsabilità:

1. Per le persone che intendono sottrarsi all'obbligo del vaccino secondo l'articolo 22 LEp sono esclusi la perdita dell'impiego e il trasferimento?
2. Potrebbe accadere che i non vaccinati vengano confrontati a restrizioni nella vita quotidiana (acquisti, trasporti, cultura)?
3. Quali criteri devono essere soddisfatti perché un pericolo possa essere dichiarato considerevole ai sensi della LEp?

Davos, 9 dicembre 2020

Fasani-Horath (Mesocco), Jenny, Weber